

Rat für Migration (RfM)
**Einwanderung gestalten, Flüchtlinge schützen. Manifest für eine zukunftsfähige
Migrations-, Flüchtlings- und Integrationspolitik, September 2017**

Kritische Stellungnahme von Eckhard Stratmann-Mertens (31.3.2019)

Das Manifest des Rates für Migration, absichtsvoll in der heißen Wahlkampfphase zur Bundestagswahl 2017 veröffentlicht, zielt darauf, die empirische Realität des Einwanderungslandes Deutschland nicht nur anzuerkennen, sondern ideologisch und mit politischen Forderungen unterlegt für die Zukunft fortzuschreiben. Nicht nur soll die Einwanderung von ausländischen Fachkräften gefördert, sondern auch der Rechtsrahmen für eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis für anerkannte und geduldete Flüchtlinge erheblich erweitert werden. Den ca. 150 Mitgliedern des Rates, Professor*innen und Doktor*innen, darunter zu einem Viertel Wissenschaftler*innen mit Migrationshintergrund, schwebt eine multiethnische und multireligiöse Gesellschaft vor. Zu diesem Zweck propagieren sie eine einwanderungsfreundliche „Gesellschaftspolitik“ und wollen die von „Rassismus“, „Nationalismus“, „Fremdenfeindlichkeit“ und „Populismus“ geprägte „Abwehrhaltung gegen Einwanderung“ aufbrechen. Bezeichnend ist, dass an keiner Stelle des Manifestes diese politischen Kampfbegriffe näher präzisiert werden. Mit Sorge betrachten die Propagandisten der Migration in Deutschland und Europa den *„wachsene Einfluss eines Abwehernationalismus, der weitere Einwanderung verhindern und eine kulturell homogene Nationalgesellschaft herstellen will“* (Abschnitt 1.). Während europaweit das Unbehagen an der kontinuierlichen Zuwanderung bis in die Mitte der Gesellschaften verbreitet ist mit zunehmender Tendenz, wird dies von den Fachleuten für Migration und Integration nicht zur Kenntnis genommen, statt dessen mit zum großen Teil unhaltbaren Pauschalisierungen denunziert.

Das Manifest basiert auf zwei Säulen:

- einem liberalistischen Demokratieverständnis mit dem Schwerpunkt und der Reduktion auf Menschenrechte sowie - damit zusammenhängend –
- einer Vorstellung von einer anzustrebenden Gesellschaftsordnung, die in der globalisierten Welt am besten multiethnisch und multireligiös sein soll.

Zu diesem Zweck komme es darauf an, *„neue Zugehörigkeits- und Identitätsentwürfe zu kommunizieren“* (Abschnitt 2.). Bemerkenswert ist, dass der Rat für Migration damit Identitätsentwürfen eine grundlegende Bedeutung für den Zusammenhalt einer Gesellschaft, insbesondere einer Gesellschaft, die durch andauernde Einwanderung geprägt wird, zugesteht.

Bei der Formulierung solcher Identitätsentwürfe schweigt sich der Rat für Migration aber über die kulturellen Rechte der einheimischen Bevölkerung aus. Angesichts der Tatsache, dass sich in Regionen und Städten mit hohem und steigenden Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund oder in den neuen Bundesländern mit einer spezifischen sozialen und kulturellen Belastung die Einheimischen in ihrem Heimatgefühl und in ihrer Identität infrage gestellt sehen, läuft dies darauf hinaus, dass deren Befindlichkeit negiert wird. Es ist daher folgerichtig, dass der Rat nicht vom deutschen Volk als mehrheitlicher Ethnie spricht, sondern durchgängig von einem ethno-pluralistischen Begriff der Gesellschaft. *„Das Zusammenleben von Menschen mit unterschiedlichen Migrationshintergründen stellt in einer modernen Gesellschaft keine Ausnahme dar. Es ist kein zu überwindendes Problem, sondern der Normalfall.“* (Abschnitt 2.) Und weiter (zum Ende des Abschnittes 2.) heißt es: *„Die Migrationsforschung zeigt: Dort, wo gleichberechtigte Teilhabe und Integration aktiv gefördert werden, profitieren langfristig alle.“* Dies ist eine politische Wunschvorstellung von eingewanderten ethnischen Minderheiten und dem Mainstream der Migrationsforscher*innen

in Deutschland, die sich einseitig deren Interessenlage zu eigen machen, von einem wissenschaftlich belegten Befund kann keine Rede sein.

Ein zunehmendes Problem stellt nämlich in den Augen von vielen Einheimischen die sichtbare und erlebte Verschiebung im Mengenverhältnis ihrer „Ethnie“ und der zahlreichen eingewanderten Migrantengruppen und ihrer Nachkommen dar. Mit einer Reihe von politischen Forderungen zur Teilhabe und Integration von Zugewanderten will der Rat für Migration dieser Verschiebung auch in Zukunft Vorschub leisten:

- Erweiterter Flüchtlingsbegriff durch soziale und wirtschaftliche Menschenrechte als Fluchtgründe
- Ersetzung befristeter Aufenthaltstitel durch ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht für anerkannte oder geduldete Flüchtlinge: *„Sinnvoller wäre es, allen Menschen, die faktisch in Deutschland bleiben werden, nach drei Jahren einen unbefristeten Aufenthaltstitel zu geben“* (Pressemitteilung des RfM zum Manifest vom 8.9.2017).
- für ein Einwanderungsgesetz, das die aus wirtschaftlichen und demografischen Gründen angeblich notwendige Einwanderung regelt
- Erleichterung doppelter Staatsbürgerschaften.

Die im Manifest nie ausdrücklich formulierte, aber immer durchscheinende Leitlinie aller Integrationsmaßnahmen für Migranten und (anerkannte und geduldete) Flüchtlinge ist es, diese langfristig zu Bürgern, wenn nicht gar Staatsbürgern Deutschlands zu machen. Der eigentliche Sinn des Asyl- und des Flüchtlingsrechts, einen nur vorübergehenden Schutz vor Verfolgung bzw. Krieg zu gewähren, solange die Notsituation andauert, wird damit systematisch unterlaufen. So heißt es dann unter der Überschrift *„Teilhabe ermöglichen, Zugehörigkeit kommunizieren“*: *„Wer dauerhaft in Deutschland lebt, gehört dazu – diese Haltung muss [!, E.S-M] von der Politik klar vertreten werden, ohne Wenn und Aber... Erforderlich ist auch ein Verzicht auf Debatten, die suggerieren, dass ein Migrationshintergrund noch in der zweiten und dritten Generation ein bedeutsames problematisches Unterscheidungsmerkmal sei.“* (Abschnitt 2.) Dass ein solcher Verzicht auf kontroverse Debatten gerade von Wissenschaftler*innen gefordert wird, obwohl die Empirie zeigt, dass die letzte Aussage in ihrer Pauschalität in keiner Weise zutrifft, offenbart den intoleranten Geist dieser Art von Migrationsforschung, wenn es um die Anerkennung der kulturellen Rechte der einheimischen Mehrheit geht. Und das Postulat *„Wer dauerhaft in Deutschland lebt, gehört dazu“* trifft nicht auf den doch erheblichen Teil derjenigen Migranten und ihrer Nachkommen zu, die sich Deutschland nicht zugehörig fühlen; und es missachtet die bedeutsame Frage, ob die einheimische Mehrheit in Deutschland diese Migranten und ihre Nachkommen als zugehörig ansieht und erlebt.

Zusammenfassend fordert der Rat für Migration eine *„politische Leitkultur, die den Grund- und Menschenrechten verpflichtet ist... Was wir nicht brauchen, ist eine Leitkultur-Debatte, die sich auf vermeintlich kulturell-ethnische Gepflogenheiten rückbesinnt.“* Weiter heißt es, *„dass Einheimische und Zugewanderte gleichberechtigt an allen gesellschaftlichen Teilbereichen teilhaben können“* bis hin zur *„politischen Mitbestimmung“*. Unausgesprochen, aber vermutlich mitbedacht ist bei Letzterem auch das kommunale Wahlrecht für Nicht-EU-Ausländer. Man kann sich die damit programmierten ethnischen Konflikte in Stadtteilen vorstellen, die durch eine absehbare Mehrheit von Nicht-EU-Ausländern charakterisiert sind. Unstrittig sollte für eine auch liberale Demokratie die Verpflichtung auf die Grund- und Menschenrechte sein; und eine deutsche Leitkultur, die sich in Sitten wie das Händereichen zur Begrüßung ausdrückt, ist heute nicht einmal mehr für viele einheimische Deutsche maßgeblich. Aber eine, die gesamte Gesellschaft inkludierende, Formulierung von Leitlinien für die Einwanderungspolitik, für die Flüchtlings- und Asyl- und die Integrationspolitik muss

in besonderer Weise die Befindlichkeit und die kulturellen Rechte der einheimischen Bevölkerung berücksichtigen.

Resümee:

Die Kernbotschaft des Manifestes ist es, dass Deutschland auch in Zukunft ein Einwanderungsland bleiben soll. Die zugrunde liegende Werthaltung ist ein liberalistisches Verständnis von Demokratie mit dem Vorrang für individuelle Menschenrechte für alle Menschen in Deutschland, ob Einheimische, Zugewanderte oder Flüchtlinge. Der Demos als Subjekt der Volksherrschaft kommt gar nicht in den Blick, weder als Staatsvolk (Summe der Staatsbürger) noch als Volk im ethnischen Sinne einer Abstammungs-, Geschichts- und Schicksalsgemeinschaft und als Kulturgemeinschaft. Dieser reduktionistische Blick auf das Individuum als Träger von Menschenrechten dekonstruiert und atomisiert die historisch gewachsene - und damit natürlich auch veränderliche - Gemeinschaft des Demos, behandelt Zugewanderte sowie Flüchtlinge in gleicher Weise und rekonstruiert aus diesen Individuen eine neue Gesellschaft. In dieser Vision haben die verschiedenen Ethnien (der deutsche Begriff des Volkes wird absichtsvoll tabuisiert) gleiche Teilhaberechte an allen Lebensbereichen. Dass es eine einheimische Mehrheits“ethnie“ gibt mit eigenen kulturellen und sozialen Lebensansprüchen, wird systematisch beschwiegen, also negiert. Von dem aufnehmenden Volk wird aber Offenheit gegenüber der - politisch gewollt - zunehmenden Zahl von Fremden erwartet, auch um den Preis der Aufgabe seiner gewachsenen Identität.

Dieser Versuch der Konstruktion einer multiethnischen und multireligiösen Gesellschaft in Deutschland stellt ein sozialtechnisches Großexperiment dar, von dem nur behauptet wird, dass es zukunftsfähig sei. Nun zeigt sich aber seit einigen Jahren in vielen europäischen Ländern, dass die Aufnahmebereitschaft ihrer Völker gegenüber Fremden an eine Grenze gekommen ist. In vielen Fällen wird dabei die Schwelle zu Rassismus und Gewalt gegen Fremde überschritten, was in keiner Weise verharmlost und toleriert werden darf. Auch die Proklamation einer illiberalen Demokratie wie in Ungarn verletzt das Ziel, eine neue Austarierung von individuellen Menschenrechten und kulturellen Gemeinschaftsrechten zu finden. Dennoch sollten diese gefährlichen Entwicklungen nicht den Blick dafür vernebeln, dass das Unbehagen gegenüber weiterer Überfremdung bis in die Mitte der Gesellschaften in Europa hineinreicht und mit demokratischen und liberalen Wertauffassungen in Übereinstimmung stehen kann.